



Europäische Russophobie & Europas Friedensverweigerung: Ein zweihundertjähriges Scheitern

Geschrieben von Jeffrey Sachs

Wir haben kürzlich unsere Crowdfunding-Kampagne gestartet, damit wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus auch im Jahr 2026 fortsetzen können. Unterstützen Sie uns noch heute:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>
m

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Europa hat den Frieden mit Russland mehrfach in Momenten abgelehnt, in denen eine Verhandlungslösung möglich gewesen wäre, und diese Ablehnung hat sich als zutiefst selbstzerstörerisch erwiesen. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart wurden Russlands Sicherheitsbedenken nicht als legitime Interessen behandelt, die im Rahmen einer umfassenderen europäischen Ordnung ausgehandelt werden sollten, sondern als moralische Übertretungen, denen man sich widersetzen, die man eindämmen oder die man außer Kraft

setzen muss. Dieses Muster hat sich über die verschiedenen russischen Regime hinweg erhalten - das zaristische, das sowjetische und das postsowjetische - was darauf hindeutet, dass das Problem nicht in erster Linie in der russischen Ideologie liegt, sondern in der anhaltenden Weigerung Europas, Russland als legitimen und gleichberechtigten Sicherheitsakteur anzuerkennen.

Ich behaupte nicht, dass Russland gänzlich gutartig oder vertrauenswürdig agiert hat. Es geht vielmehr darum, dass Europa bei der Interpretation von Sicherheit stets mit zweierlei Maß gemessen hat. Europa betrachtet seine eigene Gewaltanwendung, seine Bündnisbildung und seinen imperialen oder postimperialen Einfluss als Normalität und legitim, während es vergleichbares russisches Verhalten - insbesondere in der Nähe seiner eigenen Grenzen - als inhärent destabilisierend und unzulässig interpretiert. Diese Asymmetrie hat den diplomatischen Raum eingeengt, Kompromisse delegitimiert und einen Krieg wahrscheinlicher gemacht. Dieser selbstzerstörerische Kreislauf bleibt auch im einundzwanzigsten Jahrhundert das bestimmende Merkmal der europäisch-russischen Beziehungen.

Ein immer wiederkehrendes Versäumnis in dieser Geschichte ist die Unfähigkeit - oder Weigerung - Europas, zwischen russischer Aggression und russischem Sicherheitsstreben zu unterscheiden. In mehreren Phasen waren Aktionen, die in Europa als Beweis für einen inhärenten russischen Expansionismus interpretiert wurden, aus Moskaus Perspektive Versuche, die Vulnerabilität in einem als zunehmend feindlich wahrgenommenen Umfeld zu verringern. Währenddessen interpretierte Europa seinen eigenen Aufbau von Allianzen, militärischen Dislozierungen und institutionellen Erweiterungen durchweg als harmlos und defensiv, selbst wenn diese Maßnahmen die strategische Tiefe Russlands direkt verringerten. Diese Asymmetrie ist der Kern des Sicherheitsdilemmas, das immer wieder zu Konflikten geführt hat: Die Verteidigung der einen Seite wird als legitim angesehen, während die Angst der anderen Seite als Paranoia oder Böswilligkeit abgetan wird.

Die westliche Russophobie sollte nicht in erster Linie als emotionale Feindseligkeit gegenüber Russen oder der russischen Kultur verstanden werden. Vielmehr handelt es sich um ein strukturelles Vorurteil, das im europäischen Sicherheitsdenken verankert ist: die Annahme, dass Russland die Ausnahme von den normalen diplomatischen Regeln bildet. Während bei anderen Großmächten davon ausgegangen wird, dass sie legitime Sicherheitsinteressen haben, die ausgeglichen und berücksichtigt werden müssen, werden Russlands Interessen bis zum Beweis des Gegenteils als illegitim angesehen. Diese Annahme überdauert Regime-, Ideologie- und Führungswechsel. Sie verwandelt politische Meinungsverschiedenheiten in moralische Absolutheiten und macht Kompromisse verdächtig. Infolgedessen wirkt Russophobie weniger als Gefühl denn als systemische Verzerrung - eine Verzerrung, die Europas eigene Sicherheit immer wieder untergräbt.

Ich verfolge dieses Muster über vier große historische Bögen hinweg. Zunächst untersuche ich das neunzehnte Jahrhundert, beginnend mit Russlands zentraler Rolle im Europäischen Konzert (Wiener System) nach 1815 und seiner anschließenden Verwandlung in Europas erklärte Bedrohung. Der Krimkrieg entpuppt sich als das Gründungstrauma der modernen Russophobie: ein von Großbritannien und Frankreich angestrebter Krieg, der trotz der

Möglichkeit eines diplomatischen Kompromisses geführt wurde und eher von der moralischen Feindseligkeit des Westens und der Angst vor dem Imperium als von einer unausweichlichen Notwendigkeit angetrieben wurde. Das Pogodin-Memorandum von 1853 über die Doppelmoral des Westens mit der berühmten Randnotiz von Zar Nikolaus I. - „Das ist der springende Punkt“ - dient nicht nur als Anekdote, sondern als analytischer Schlüssel zu Europas Doppelmoral und Russlands verständlichen Ängsten und Ressentiments.

Zweitens wende ich mich der Revolutions- und Zwischenkriegszeit zu, als Europa und die Vereinigten Staaten von der Rivalität mit Russland zur direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands übergingen. Ich untersuche ausführlich die westlichen Militärinterventionen während des Russischen Bürgerkriegs, die Weigerung, die Sowjetunion in den 1920er und 1930er Jahren in ein dauerhaftes System kollektiver Sicherheit einzubinden, und das katastrophale Versagen, sich gegen den Faschismus zu verbünden, und stütze mich dabei insbesondere auf die Archivarbeit von Michael Jabara Carley. Das Ergebnis war nicht die Eindämmung der sowjetischen Macht, sondern der Zusammenbruch der europäischen Sicherheit und die Zerstörung des Kontinents selbst im Zweiten Weltkrieg.

Drittens bot der frühe Kalte Krieg einen entscheidenden Moment zur Korrektur, doch Europa lehnte den Frieden erneut ab, obwohl er hätte gesichert werden können. Obwohl auf der Potsdamer Konferenz eine Einigung über die Entmilitarisierung Deutschlands erzielt wurde, machte der Westen anschließend einen Rückzieher. Sieben Jahre später lehnte der Westen in ähnlicher Weise die Stalin-Noten ab, die die deutsche Wiedervereinigung auf der Grundlage der Neutralität anboten. Die Ablehnung der Wiedervereinigung durch Bundeskanzler Adenauer – trotz eindeutiger Beweise für die Echtheit von Stalins Angebot – zementierte die Teilung Deutschlands in der Nachkriegszeit, verfestigte die Blockkonfrontation und band Europa für Jahrzehnte an die Militarisierung.

Abschließend analysiere ich die Zeit nach dem Kalten Krieg, als sich Europa die eindeutigste Gelegenheit bot, diesem zerstörerischen Kreislauf zu entkommen. Gorbatschows Vision eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ und die Charta von Paris sahen eine Sicherheitsordnung vor, die auf Einbeziehung und Unteilbarkeit beruht. Stattdessen entschied sich Europa für die Erweiterung der NATO, institutionelle Asymmetrie und eine Sicherheitsarchitektur, die um Russland herum und nicht mit ihm aufgebaut wurde. Diese Entscheidung war nicht zufällig. Sie spiegelte eine anglo-amerikanische große Strategie wider – die am deutlichsten von Zbigniew Brzezinski formuliert wurde -, die Eurasien als zentrale Arena des globalen Wettbewerbs und Russland als eine Macht betrachtete, die an der Konsolidierung von Sicherheit und Einfluss gehindert werden sollte.

Die Folgen dieses langen Musters der Geringschätzung russischer Sicherheitsbelange sind jetzt mit brutaler Deutlichkeit sichtbar. Der Krieg in der Ukraine, der Zusammenbruch der nuklearen Rüstungskontrolle, Europas Energie- und Industrieschocks, Europas neuer Rüstungswettlauf, die politische Fragmentierung der EU und Europas Verlust an strategischer Autonomie sind keine Ausnahmereignisse. Sie sind die kumulativen Kosten von zwei Jahrhunderten der Weigerung Europas, Russlands Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen.

Meine Schlussfolgerung ist, dass der Frieden mit Russland kein naives Vertrauen erfordert. Er

erfordert die Einsicht, dass dauerhafte europäische Sicherheit nicht durch die Leugnung der Legitimität russischer Sicherheitsinteressen erreicht werden kann. Solange Europa diesen Reflex nicht ablegt, wird es in einem Kreislauf gefangen bleiben, in dem es den Frieden ablehnt, wenn er möglich ist – und dafür einen immer höheren Preis zahlt.

Die Ursprünge der strukturellen Russophobie

Das wiederholte Scheitern der Europäer, Frieden mit Russland zu schließen, ist nicht in erster Linie ein Produkt Putins, des Kommunismus oder gar der Ideologie des zwanzigsten Jahrhunderts. Es ist viel älter – und es ist strukturell bedingt. Wiederholt wurden Russlands Sicherheitsbedenken von Europa nicht als legitime Interessen behandelt, über die man verhandeln kann, sondern als moralische Übertretungen. In diesem Sinne beginnt die Geschichte mit der Umwandlung Russlands von einem Mitgaranten des europäischen Gleichgewichts in eine Bedrohung für den Kontinent im neunzehnten Jahrhundert.

Nach der Niederlage Napoleons im Jahr 1815 war Russland für Europa nicht mehr nur ein Randgebiet, sondern ein Zentrum. Russland trug einen entscheidenden Teil der Last, Napoleon zu besiegen, und der Zar war einer der Hauptarchitekten des postnapoleonischen Ausgleichs. Das Konzert von Europa basierte auf einer impliziten These: Frieden erfordert, dass die Großmächte einander als legitime Akteure akzeptieren und Krisen durch Konsultationen und nicht durch moralische Verteufelung bewältigen. Doch innerhalb einer Generation setzte sich in der politischen Kultur Großbritanniens und Frankreichs eine Gegenposition durch: Russland sei keine normale Großmacht, sondern eine zivilisatorische Gefahr – eine, deren Forderungen, selbst wenn sie lokal und defensiv sind, als inhärent expansiv und daher inakzeptabel behandelt werden sollten.

Dieser Wandel wird in einem Dokument, das Orlando Figes in seinem Buch Krimkrieg als Scharnier zwischen Diplomatie und Krieg hervorhebt, mit außergewöhnlicher Klarheit dargestellt: Michail Pogodins Memorandum an Zar Nikolaus I. aus dem Jahr 1853. Pogodin listet Episoden westlicher Nötigung und imperialer Gewalt auf – weit entfernte Eroberungen und Wahlkriege – und kontrastiert sie mit Europas Empörung über russische Aktionen in benachbarten Regionen:

Frankreich nimmt der Türkei Algerien ab, und England annektiert fast jedes Jahr ein anderes indisches Fürstentum: Nichts davon stört das Gleichgewicht der Kräfte; aber wenn Russland Moldawien und die Walachei besetzt, wenn auch nur vorübergehend, beeinträchtigt dies das Gleichgewicht der Kräfte. Frankreich besetzt Rom und verbleibt dort mehrere Jahre in Friedenszeiten: das bedeutet nichts; aber Russland erwägt nur, Konstantinopel zu besetzen, und der Frieden in Europa ist bedroht. Die Engländer erklären den Chinesen den Krieg, die sie anscheinend beleidigt haben: niemand hat das Recht, einzugreifen; aber Russland muss Europa um Erlaubnis bitten, wenn es mit seinem Nachbarn in Konflikt gerät. England droht Griechenland damit, die [falschen Ansprüche](#) eines kläglichen Juden zu unterstützen, und verbrennt seine Flotte: das ist eine rechtmäßige Handlung; aber Russland verlangt einen

Vertrag, um Millionen von Christen zu schützen, und das wird als Stärkung seiner Position im Osten auf Kosten des Gleichgewichts der Kräfte angesehen.

Pogodin schlussfolgert: „Wir können vom Westen nichts anderes erwarten als blinden Hass und Bosheit“, worauf der berühmte Nikolaus am Rande schrieb: „Das ist der springende Punkt.“

Der Austausch zwischen Pogodin und Nikolaus ist von Bedeutung, weil er den Rahmen für die immer wiederkehrende Pathologie absteckt, die in jeder folgenden größeren Episode wiederkehrt. Europa beharrt immer wieder auf der universellen Legitimität seiner eigenen Sicherheitsansprüche, während es Russlands Sicherheitsansprüche als unecht oder verdächtig betrachtet. Diese Haltung schafft eine besondere Art von Instabilität: Sie macht Kompromisse in den westlichen Hauptstädten politisch illegitim und lässt die Diplomatie scheitern, nicht weil eine Einigung unmöglich ist, sondern weil die Anerkennung der russischen Interessen als moralischer Fehler betrachtet wird.

Der Krimkrieg ist die erste entscheidende Manifestation dieser Dynamik. Während es in der unmittelbaren Krise um den Niedergang des Osmanischen Reiches und um Streitigkeiten über religiöse Stätten ging, bestand die grundlegende Frage darin, ob Russland eine anerkannte Position in der Schwarzmeer-Balkan-Sphäre einnehmen könnte, ohne als Räuber behandelt zu werden. Moderne diplomatische Rekonstruktionen betonen, dass sich die Krim-Krise von früheren „Ost-Krisen“ unterschied, weil die kooperativen Gewohnheiten des Konzerts bereits erodiert waren und die britische Meinung zu einer extremen antirussischen Haltung übergegangen war, die den Spielraum für eine Einigung einschränkte.

Was diese Episode so aufschlussreich macht, ist die Tatsache, dass ein Verhandlungsergebnis möglich war. Die Wiener Note sollte die russischen Bedenken mit der osmanischen Souveränität in Einklang bringen und den Frieden erhalten. Sie scheiterte jedoch am Misstrauen und den politischen Anreizen zur Eskalation. Es folgte der Krimkrieg. Er war nicht „notwendig“ im strengen strategischen Sinne, sondern wurde wahrscheinlich, weil der britische und französische Kompromiss mit Russland politisch toxisch geworden war. Die Folgen waren für Europa selbstzerstörerisch: massive Verluste, keine dauerhafte Sicherheitsarchitektur und die Verfestigung eines ideologischen Reflexes, der Russland als Ausnahme von normalen Großmachtverhandlungen betrachtete. Mit anderen Worten: Europa hat keine Sicherheit erlangt, indem es Russlands Sicherheitsbedenken zurückgewiesen hat. Vielmehr schuf es einen längeren Kreislauf der Feindseligkeit, der die Bewältigung späterer Krisen erschwerte.

Der militärische Feldzug des Westens gegen den Bolschewismus

Dieser Kreislauf setzte sich bis zum revolutionären Bruch von 1917 fort.

Als sich das russische Regime änderte, veränderte sich der Westen nicht von Rivalität auf Neutralität, sondern ging zu einer aktiven Intervention über, da er die Existenz eines

souveränen russischen Staates außerhalb der westlichen Vormundschaft als unerträglich ansah.

Die bolschewistische Revolution und der anschließende Bürgerkrieg führten zu einem komplexen Konflikt, an dem Rote, Weiße, nationalistische Bewegungen und ausländische Armeen beteiligt waren. Entscheidend ist, dass die Westmächte nicht einfach nur „zuschauten“, wie der Konflikt ausging. Sie intervenierten militärisch in weiten Teilen Russlands – in Nordrussland, im Baltikum, am Schwarzen Meer, in Sibirien und im Fernen Osten – mit Begründungen, die sich schnell von der Kriegslogistik zum Regimewechsel wandelten.

Man kann die üblichen „offiziellen“ Gründe für die anfängliche Intervention anerkennen: die Befürchtung, dass nach Russlands Austritt aus dem Ersten Weltkrieg Kriegsgüter in deutsche Hände fallen würden, und der Wunsch, eine Ostfront wieder zu eröffnen. Doch nach der Kapitulation Deutschlands im November 1918 hörte die Intervention nicht auf, sondern wandelte sich. Diese Veränderung erklärt, warum diese Episode so wichtig ist: Sie zeigt die Bereitschaft, selbst inmitten der Zerstörungen des Ersten Weltkriegs Gewalt anzuwenden, um die innenpolitische Zukunft Russlands zu gestalten.

David Foglesongs Buch *America's Secret War against Bolshevism* [Amerikas geheimer Krieg gegen den Bolschewismus] (1995), das bei UNC Press erschienen ist und noch immer als wissenschaftliches Standardwerk für die US-Politik gilt, fasst dies genau zusammen. Foglesong stellt die US-Intervention nicht als verwirrendes Nebenschauplatzspiel dar, sondern als eine nachhaltige Anstrengung, die darauf abzielte, den Bolschewismus an der Konsolidierung seiner Macht zu hindern. In Anna Reids *A Nasty Little War* [Ein böser kleiner Krieg] (2024) wird die westliche Intervention als ein schlecht ausgeführter, aber bewusster Versuch zur Niederschlagung der bolschewistischen Revolution von 1917 beschrieben.

Schon die geografische Ausdehnung ist aufschlussreich, denn sie entkräftet spätere westliche Behauptungen, Russlands Befürchtungen seien reine Paranoia gewesen.

Die alliierten Streitkräfte kamen nach Archangelsk und Murmansk, um in Nordrussland zu operieren; in Sibirien drangen sie über Wladiwostok und entlang der Eisenbahnkorridore ein; japanische Streitkräfte wurden in großem Umfang im Fernen Osten eingesetzt; und im Süden fanden Landungsoperationen und Einsätze um Odessa und Sewastopol statt. Selbst ein grober Überblick über die Daten und Schauplätze der Intervention – von November 1917 bis Anfang der 1920er Jahre – zeigt die Hartnäckigkeit der ausländischen Präsenz und die Größe ihrer Reichweite.

Dabei handelte es sich nicht nur um „Ratschläge“ oder eine symbolische Präsenz.

Westliche Streitkräfte versorgten, bewaffneten und überwachten in einigen Fällen effektiv die Weiße Bewegung.

Die intervenierenden Mächte verstrickten sich in die moralische und politische Niedertracht der Weißen Politik, einschließlich reaktionärer Programme und gewaltsamer Gräueltaten.

Diese Tatsache macht die Episode für westliche Moralvorstellungen besonders korrosiv: Der Westen stellte sich nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern verbündete sich oft mit Kräften, deren Brutalität und Kriegsziele sich nicht mit den späteren westlichen Ansprüchen auf liberale Legitimität vertragen.

Aus Moskaus Sicht bestätigte diese Intervention die Warnung, die Pogodin Jahrzehnte zuvor ausgesprochen hatte: Europa und die Vereinigten Staaten waren bereit, Gewalt anzuwenden, um über die Existenz Russlands als autonome Macht zu entscheiden. Diese Episode wurde für die sowjetische Erinnerung von grundlegender Bedeutung, da sie die Überzeugung stärkte, dass die westlichen Mächte versucht hatten, die Revolution in ihrer Wiege zu ersticken. Sie zeigte, dass die moralische Rhetorik des Westens in Bezug auf Frieden und Ordnung nahtlos mit Zwangskampagnen koexistieren konnte, wenn die russische Souveränität auf dem Spiel stand.

Die Intervention hatte auch eine entscheidende Folge zweiter Ordnung. Indem der Westen in den russischen Bürgerkrieg eingriff, stärkte er ungewollt die bolschewistische Legitimität im eigenen Land. Die Anwesenheit ausländischer Armeen und vom Ausland unterstützter Weißer Truppen ermöglichte es den Bolschewiki zu behaupten, sie würden die russische Unabhängigkeit gegen die imperiale Einkreisung verteidigen.

In historischen Berichten wird immer wieder darauf hingewiesen, wie effektiv die Bolschewiki die Präsenz der Alliierten für ihre Propaganda und Legitimation ausnutzten. Mit anderen Worten: Der Versuch, den Bolschewismus zu „brechen“, trug dazu bei, genau das Regime zu konsolidieren, das er zu zerstören versuchte.

Diese Dynamik offenbart den genauen Zyklus der Geschichte: Die Russophobie erweist sich für Europa als strategisch kontraproduktiv. Sie treibt die westlichen Mächte zu einer Zwangspolitik, die die Herausforderung nicht löst, sondern verschärft. Sie erzeugt russische Missstände und Sicherheitsbedenken, die später von westlichen Führern als irrationale Paranoia abgetan werden. Des Weiteren wird der künftige diplomatische Spielraum dadurch eingeeengt, dass Russland – unabhängig von seinem Regime – die Erfahrung macht, dass westliche Versprechen zur Beilegung des Konflikts unaufrichtig sein können.

Anfang der 1920er Jahre, als sich die ausländischen Streitkräfte zurückzogen und der sowjetische Staat sich konsolidierte, hatte Europa bereits zwei verhängnisvolle Entscheidungen getroffen, die für das nächste Jahrhundert nachwirken sollten. Erstens hatte es dazu beigetragen, eine politische Kultur zu fördern, die überschaubare Streitigkeiten – wie die Krimkrise – in große Kriege verwandelte, indem es sich weigerte, russische Interessen als legitim zu betrachten. Zweitens demonstrierten sie durch militärische Interventionen ihre Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, nicht nur um der russischen Expansion entgegenzuwirken, sondern auch um die russische Souveränität und die Ergebnisse des Regimes zu beeinflussen. Diese Entscheidungen stabilisierten Europa nicht, sondern legten den Grundstein für spätere Katastrophen: den Zusammenbruch der kollektiven Sicherheit in der Zwischenkriegszeit, die permanente Militarisierung des Kalten Krieges und die Rückkehr zur Eskalation an den Grenzen nach dem Kalten Krieg.

Kollektive Sicherheit und die Entscheidung gegen Russland

Mitte der 1920er Jahre sah sich Europa mit einem Russland konfrontiert, das jeden Versuch, es zu zerstören, überlebt hatte – Revolution, Bürgerkrieg, Hungersnot und direkte ausländische Militärinterventionen. Der entstandene Sowjetstaat war arm, traumatisiert und zutiefst misstrauisch, aber auch eindeutig souverän. Genau zu diesem Zeitpunkt stand Europa vor einer Entscheidung, die sich mehrfach wiederholen sollte: ob es dieses Russland als legitimen Sicherheitsakteur behandeln sollte, dessen Interessen in die europäische Ordnung integriert werden mussten, oder als ständigen Außenseiter, dessen Belange ignoriert, aufgeschoben oder übergangen werden konnten. Europa entschied sich für Letzteres, und der Preis dafür war enorm.

Das Vermächtnis der alliierten Interventionen während des russischen Bürgerkriegs warf einen langen Schatten auf die gesamte nachfolgende Diplomatie. Aus Moskaus Sicht war Europa nicht nur mit der bolschewistischen Ideologie nicht einverstanden, sondern hatte versucht, mit Gewalt über die innenpolitische Zukunft Russlands zu entscheiden. Diese Erfahrung war von entscheidender Bedeutung. Sie prägte die sowjetischen Annahmen über die westlichen Absichten und schuf eine tiefe Skepsis gegenüber westlichen Zusicherungen. Anstatt diese Geschichte anzuerkennen und eine Versöhnung anzustreben, verhielt sich die europäische Diplomatie oft so, als sei das sowjetische Misstrauen irrational – ein Verhaltensmuster, das sich bis in den Kalten Krieg und darüber hinaus fortsetzen sollte.

In den 1920er Jahren schwankte Europa zwischen taktischem Engagement und strategischer Ausgrenzung. Verträge wie Rapallo (1922) zeigten, dass Deutschland, welches nach Versailles selbst ein Paria war, pragmatisch mit Sowjetrußland zusammenarbeiten konnte. Für Großbritannien und Frankreich blieben die Beziehungen zu Moskau jedoch vorläufig und instrumentell. Die UdSSR wurde geduldet, wenn sie den britischen und französischen Interessen diene, und ausgegrenzt, wenn sie es nicht tat. Es wurden keine ernsthaften Anstrengungen unternommen, um Russland als gleichberechtigten Partner in eine dauerhafte europäische Sicherheitsarchitektur zu integrieren.

Diese Ambivalenz verfestigte sich in den 1930er Jahren zu etwas weitaus Gefährlicherem und Selbstzerstörerischem. Während der Aufstieg Hitlers eine existenzielle Bedrohung für Europa darstellte, behandelten die führenden Mächte des Kontinents den Bolschewismus wiederholt als die größere Gefahr. Dies geschah nicht nur rhetorisch, sondern beeinflusste auch die konkreten politischen Entscheidungen – der Verzicht auf Bündnisse, die Verzögerung von Garantien und die Untergrabung der Abschreckung.

Es ist wichtig zu betonen, dass es sich hierbei weder um ein rein anglo-amerikanisches Versagen handelte, noch um eine Geschichte, in der Europa passiv von ideologischen Strömungen mitgerissen wurde. Die europäischen Regierungen hatten Einfluss, und zwar in entscheidender Weise – und in katastrophaler Weise. Frankreich, Großbritannien und Polen trafen wiederholt strategische Entscheidungen, die die Sowjetunion von den europäischen Sicherheitsvereinbarungen ausschlossen, selbst wenn eine sowjetische Beteiligung die Abschreckung gegen Hitlerdeutschland gestärkt hätte. Die französische Führung zog ein

System bilateraler Garantien in Osteuropa vor, das den französischen Einfluss bewahrte, aber eine sicherheitspolitische Integration mit Moskau vermied. Polen verweigerte mit stillschweigender Unterstützung Londons und Paris' den sowjetischen Streitkräften Transitrechte, selbst wenn sie die Tschechoslowakei verteidigen sollten, da es die Angst vor der sowjetischen Präsenz über die unmittelbare Gefahr eines deutschen Angriffs stellte. Dies waren keine unbedeutenden Entscheidungen. Sie waren Ausdruck der Tatsache, dass die Europäer es vorzogen, den Hitler-Revisionismus unter Kontrolle zu halten, anstatt die Sowjetmacht einzubeziehen, und lieber die Expansion der Nazis zu riskieren, als Russland als Sicherheitspartner zu legitimieren. In diesem Sinne versagte Europa nicht nur beim Aufbau einer kollektiven Sicherheit mit Russland, sondern entschied sich aktiv für eine alternative Sicherheitslogik, die Russland ausschloss und schließlich an ihren eigenen Widersprüchen scheiterte.

Hier ist die Archivarbeit von Michael Jabara Carley entscheidend. Seine wissenschaftliche Arbeit zeigt, dass die Sowjetunion, insbesondere unter Außenkommissar Maxim Litwinow, anhaltende, ausdrückliche und gut dokumentierte Anstrengungen unternahm, um ein System der kollektiven Sicherheit gegen Nazideutschland aufzubauen. Dabei handelte es sich nicht um vage Gesten. Sie umfassten Vorschläge für gegenseitige Beistandsverträge, militärische Koordinierung und ausdrückliche Garantien für Staaten wie die Tschechoslowakei. Carley zeigt, dass der sowjetische Beitritt zum Völkerbund im Jahr 1934 mit echten russischen Versuchen einherging, die kollektive Abschreckung zu operationalisieren, und nicht nur, um Legitimität zu erlangen.

Diese Bemühungen kollidierten jedoch mit einer westlichen ideologischen Hierarchie, in der der Antikommunismus den Antifaschismus übertrumpfte. In London und Paris befürchteten die politischen Eliten, dass ein Bündnis mit Moskau den Bolschewismus im In- und Ausland legitimieren würde. Wie Carley dokumentiert, sorgten sich britische und französische Politiker wiederholt weniger um Hitlers Drohungen als um die politischen Folgen einer Zusammenarbeit mit der UdSSR. Die Sowjetunion wurde nicht als notwendiger Partner im Kampf gegen eine gemeinsame Bedrohung betrachtet, sondern als eine Belastung, deren Einbeziehung die europäische Politik „kontaminieren“ würde.

Diese Hierarchie hatte tiefgreifende strategische Konsequenzen. Die Beschwichtigungspolitik gegenüber Deutschland war nicht nur eine Fehleinschätzung Hitlers; sie war das Produkt einer Weltanschauung, die den Nazi-Revisionismus als potenziell handhabbar und die Sowjetmacht als von Natur aus subversiv betrachtete. Polens Weigerung, den sowjetischen Truppen Transitrechte zur Verteidigung der Tschechoslowakei zu gewähren – die mit stillschweigender Unterstützung des Westens aufrechterhalten wurde – ist sinnbildlich. Die europäischen Staaten zogen das Risiko einer deutschen Aggression der Gewissheit einer sowjetischen Beteiligung vor, selbst wenn die sowjetische Verwicklung ausdrücklich defensiv war.

Der Höhepunkt dieses Scheiterns erfolgte im Jahr 1939. Die anglo-französischen Verhandlungen mit der Sowjetunion in Moskau wurden nicht durch sowjetische Doppelzüngigkeit sabotiert, wie es später hieß. Sie scheiterten, weil Großbritannien und

Frankreich nicht bereit waren, verbindliche Verpflichtungen einzugehen oder die UdSSR als gleichberechtigten militärischen Partner anzuerkennen. Carleys Rekonstruktion zeigt, dass die westlichen Delegationen ohne Verhandlungsvollmacht, ohne Dringlichkeit und ohne politische Rückendeckung zum Zustandekommen eines tatsächlichen Bündnisses nach Moskau reisten. Als die Sowjets wiederholt die wichtigste Frage eines jeglichen Bündnisses stellten – Seid ihr bereit zu handeln? – lautete die praktische Antwort: Nein.

Der darauf folgende Molotow-Ribbentrop-Pakt wird seither als rückwirkende Rechtfertigung für das Misstrauen des Westens herangezogen. Carleys Arbeit kehrt diese Logik um. Der Pakt war nicht die Ursache für das Scheitern Europas, er war die Folge. Er entstand, nachdem sich der Westen jahrelang geweigert hatte, eine kollektive Sicherheit mit Russland aufzubauen. Es war eine brutale, zynische und tragische Entscheidung – aber eine, die in einem Kontext getroffen wurde, in dem Großbritannien, Frankreich und Polen einen Frieden mit Russland in der einzigen möglichen Form, die Hitler hätte aufhalten können, bereits abgelehnt hatten.

Das Ergebnis war katastrophal. Europa zahlte den Preis nicht nur mit Blut und Zerstörung, sondern auch mit dem Verlust seiner Handlungsfähigkeit. Der Krieg, den Europa nicht zu verhindern vermochte, zerstörte seine Macht, erschöpfte seine Gesellschaften und machte den Kontinent zum primären Schlachtfeld der Rivalität der Supermächte. Wieder einmal hat die Ablehnung des Friedens mit Russland nicht zu Sicherheit geführt, sondern zu einem viel schlimmeren Krieg unter viel schlechteren Bedingungen.

Man hätte erwarten können, dass das schiere Ausmaß dieser Katastrophe ein Umdenken in der europäischen Haltung gegenüber Russland nach 1945 erzwungen hätte. Das tat es aber nicht.

Von Potsdam zur NATO: Die Architektur der Ausgrenzung

Die unmittelbaren Nachkriegsjahre waren durch einen raschen Übergang vom Bündnis zur Konfrontation gekennzeichnet. Noch vor der Kapitulation Deutschlands wies Churchill die britischen Kriegsplaner in schockierender Weise an, einen sofortigen Konflikt mit der Sowjetunion in Betracht zu ziehen. Die 1945 entworfene „Operation Unthinkable“ sah den Gebrauch anglo-amerikanischer Macht - und sogar wiederbewaffneter deutscher Einheiten – vor, um Russland 1945 oder kurz danach den westlichen Willen aufzuzwingen. Der Plan wurde zwar als militärisch unrealistisch eingestuft und schließlich ad acta gelegt, doch seine bloße Existenz zeigt, wie tief die Annahme verwurzelt war, dass die russische Macht illegitim sei und notfalls mit Gewalt eingeschränkt werden müsse.

Die westliche Diplomatie mit der Sowjetunion scheiterte in ähnlicher Weise. Europa hätte anerkennen müssen, dass die Sowjetunion die größte Last des Sieges über Hitler getragen hatte – 27 Millionen Tote – und dass Russlands Sicherheitsbedenken hinsichtlich der deutschen Wiederbewaffnung durchaus real waren. Europa hätte die Lektion verinnerlichen müssen, dass ein dauerhafter Frieden die ausdrückliche Berücksichtigung der zentralen

Sicherheitsinteressen Russlands erfordert, vor allem die Verhinderung eines remilitarisierten Deutschlands, das die östlichen Ebenen Europas erneut bedrohen könnte.

Auf formaler diplomatischer Ebene wurde diese Lektion zunächst akzeptiert. In Jalta und vor allem in Potsdam im Sommer 1945 erzielten die siegreichen Alliierten einen klaren Konsens über die Grundprinzipien für das Nachkriegsdeutschland: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Entflechtung und Reparationen. Deutschland sollte als einheitliche Wirtschaftseinheit behandelt werden, seine Streitkräfte sollten abgebaut werden, und seine künftige politische Ausrichtung sollte ohne Wiederbewaffnung oder Bündnisverpflichtungen festgelegt werden.

Für die Sowjetunion waren diese Prinzipien nicht abstrakt, sondern existentiell. Innerhalb von dreißig Jahren war Deutschland zweimal in Russland einmarschiert und hatte Verwüstungen in einem Ausmaß angerichtet, das in der europäischen Geschichte seinesgleichen sucht. Neutralität und dauerhafte Entmilitarisierung Deutschlands stellten keine Verhandlungsmasse dar, sondern waren aus sowjetischer Sicht die Mindestvoraussetzungen für eine stabile Nachkriegsordnung.

Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 wurden diese Anliegen formell anerkannt. Die Alliierten waren sich einig, dass es Deutschland nicht erlaubt sein würde, seine militärische Macht wiederherzustellen. Der Wortlaut der Konferenz war eindeutig: Deutschland sollte daran gehindert werden, „jemals wieder seine Nachbarn oder den Frieden in der Welt zu bedrohen“. Die Sowjetunion akzeptierte die vorübergehende Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen gerade deshalb, weil diese Aufteilung als administrative Notwendigkeit und nicht als dauerhafte geopolitische Lösung dargestellt wurde.

Doch fast sofort begannen die Westmächte, diese Verpflichtungen neu zu interpretieren und dann stillschweigend zu demontieren. Dies geschah, weil sich die strategischen Prioritäten der USA und Großbritanniens änderten. Wie Melvyn Leffler in *A Preponderance of Power* [Übergewicht der Macht] (1992) aufzeigt, wurde den amerikanischen Entscheidungsträgern die wirtschaftliche Erholung Deutschlands und die politische Annäherung an den Westen schnell wichtiger als die Aufrechterhaltung eines entmilitarisierten Deutschlands, das für Moskau akzeptabel war. Die Sowjetunion, einst ein unverzichtbarer Verbündeter, wurde zu einem potenziellen Gegner, dessen Einfluss in Europa eingedämmt werden musste.

Diese Neuorientierung ging jeder formellen militärischen Krise des Kalten Krieges voraus. Lange vor der Berlin-Blockade begann die westliche Politik, die Westzonen wirtschaftlich und politisch zu konsolidieren. Die Schaffung der Bizone im Jahr 1947, gefolgt von der Trizone, stand in direktem Widerspruch zum Potsdamer Grundsatz, dass Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit behandelt werden sollte. Die Einführung einer eigenen Währung in den Westzonen im Jahr 1948 war keine technische Anpassung, sondern ein entscheidender politischer Akt, der die deutsche Teilung funktionell unumkehrbar machte. Aus Moskaus Sicht waren diese Schritte einseitige Revisionen der Nachkriegsordnung.

Die sowjetische Antwort – die Berlin-Blockade – wurde oft als Auftaktsalve zur Aggression

im Kalten Krieg dargestellt. In diesem Zusammenhang erscheint sie jedoch weniger als Versuch, West-Berlin zu erobern, sondern vielmehr als Zwangsmaßnahme, um eine Rückkehr zur Vier-Mächte-Regierung zu erzwingen und die Konsolidierung eines separaten westdeutschen Staates zu verhindern. Unabhängig davon, ob man die Blockade für klug hält oder nicht, lag ihre Logik in der Befürchtung begründet, dass das Potsdamer Abkommen vom Westen ohne Verhandlungen demontiert werden würde. Die Luftbrücke löste zwar die unmittelbare Krise, ging aber nicht auf das eigentliche Problem ein: die Aufgabe eines vereinigten, entmilitarisierten Deutschlands.

Die entscheidende Zäsur kam mit dem Ausbruch des Koreakrieges 1950. Der Konflikt wurde in Washington nicht als ein regionaler Krieg mit spezifischen Ursachen, sondern als Beweis für eine monolithische globale kommunistische Offensive interpretiert. Diese reduktionistische Interpretation hatte tiefgreifende Folgen für Europa. Sie lieferte die stichhaltige politische Rechtfertigung für die westdeutsche Wiederbewaffnung – etwas, das nur wenige Jahre zuvor ausdrücklich ausgeschlossen worden war. Die Logik war nun eindeutig: Ohne deutsche Militärbeteiligung konnte Westeuropa nicht verteidigt werden.

Dieser Moment war ein Wendepunkt. Die Remilitarisierung Westdeutschlands wurde nicht durch sowjetische Aktionen in Europa erzwungen, sondern war eine strategische Entscheidung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten als Reaktion auf den von den USA geschaffenen Rahmen für einen globalisierten Kalten Krieg. Großbritannien und Frankreich willigten trotz ihrer tiefen historischen Ängste vor der deutschen Macht unter amerikanischem Druck ein. Als die vorgeschlagene Europäische Verteidigungsgemeinschaft – ein Mittel zur Kontrolle der deutschen Aufrüstung – scheiterte, war die gewählte Lösung sogar noch folgenreicher: Der Beitritt Westdeutschlands zur NATO im Jahr 1955.

Aus sowjetischer Sicht bedeutete dies den endgültigen Zusammenbruch des Potsdamer Abkommens. Deutschland war nicht mehr neutral. Es war nicht mehr entmilitarisiert. Es war nun in ein Militärbündnis eingebettet, das sich ausdrücklich gegen die UdSSR richtete. Dies war genau das Ergebnis, das die sowjetische Führung seit 1945 zu verhindern versucht hatte und das durch das Potsdamer Abkommen verhindert werden sollte.

Es ist wichtig, die Abfolge hervorzuheben, da sie oft missverstanden oder umgedreht wird. Die Teilung und Remilitarisierung Deutschlands war nicht das Ergebnis russischen Handelns. Als Stalin 1952 sein Angebot zur deutschen Wiedervereinigung auf der Grundlage der Neutralität unterbreitete, hatten die Westmächte Deutschland bereits auf den Weg der Bündnisintegration und der Wiederaufrüstung gebracht. Die Stalin-Noten waren kein Versuch, ein neutrales Deutschland zum Scheitern zu bringen; sie waren ein ernsthafter, dokumentierter und letztlich abgelehnter Versuch, einen bereits begonnenen Prozess umzukehren.

Vor diesem Hintergrund erscheint die frühe Beilegung des Kalten Krieges nicht als unvermeidliche Reaktion auf die sowjetische Unnachgiebigkeit, sondern als ein weiterer Fall, in dem sich Europa und die Vereinigten Staaten dafür entschieden, russische Sicherheitsbelange der NATO-Bündnisarchitektur unterzuordnen. Die deutsche Neutralität

wurde nicht abgelehnt, weil sie undurchführbar war; vielmehr stand sie im Widerspruch zu einer strategischen Vision des Westens, die dem Zusammenhalt des Blocks und der Führungsrolle der Vereinigten Staaten Vorrang vor einer umfassenden europäischen Sicherheitsordnung einräumte.

Die Kosten dieser Entscheidung waren immens und von Dauer. Die Teilung Deutschlands wurde zur zentralen Bruchlinie des Kalten Krieges. Europa wurde permanent militarisiert, und auf dem gesamten Kontinent wurden Atomwaffen stationiert. Die europäische Sicherheit wurde nach Washington verlagert, mit all der Abhängigkeit und dem Verlust der strategischen Autonomie, die damit einhergingen. Darüber hinaus verstärkte sich einmal mehr die sowjetische Überzeugung, dass der Westen Abkommen nach Belieben uminterpretieren würde.

Dieser Kontext ist für das Verständnis der Stalin-Noten von 1952 unerlässlich. Es war kein „Blitz aus heiterem Himmel“ und auch kein zynisches, von der Vorgeschichte losgelöstes Manöver. Es handelte sich um eine dringende Reaktion auf eine bereits gescheiterte Nachkriegsregelung – ein weiterer Versuch, wie so viele zuvor und danach, den Frieden durch Neutralität zu sichern, nur um festzustellen, dass dieses Angebot vom Westen abgelehnt wurde.

1952: Die Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung

Es lohnt sich, die Stalin-Noten genauer zu betrachten. Stalins Forderung nach einem wiedervereinigten und neutralen Deutschland war weder zweideutig noch zaghaft oder unaufrichtig. Wie Rolf Steininger in *Die deutsche Frage: Die Stalin-Note von 1952 und das Problem der Wiedervereinigung* (1990) nachgewiesen hat, schlug Stalin die Wiedervereinigung Deutschlands unter den Bedingungen einer dauerhaften Neutralität, freier Wahlen, des Abzugs der Besatzungstruppen und eines von den Großmächten garantierten Friedensvertrags vor. Dies war keine propagandistische Geste, sondern ein strategisches Angebot, das auf einer echten sowjetischen Furcht vor der deutschen Wiederbewaffnung und der NATO-Expansion beruhte.

Steiningers Archivrecherchen widerlegen die gängige westliche Sichtweise. Besonders entscheidend ist das geheime Memorandum von Sir Ivone Kirkpatrick aus dem Jahr 1955, in dem er das Eingeständnis des deutschen Botschafters wiedergibt, dass Bundeskanzler Adenauer um die Echtheit der Stalin-Noten wusste. Adenauer lehnte sie dennoch ab. Er fürchtete nicht die sowjetische Arglist, sondern die deutsche Demokratie. Er befürchtete, dass eine künftige deutsche Regierung sich für Neutralität und Versöhnung mit Moskau entscheiden und damit die Integration Westdeutschlands in den westlichen Block untergraben könnte.

Im Grunde wurden Frieden und Wiedervereinigung vom Westen nicht deshalb abgelehnt, weil sie unmöglich waren, sondern weil sie für das westliche Bündnissystem politisch

ungünstig erschienen. Da die Neutralität die entstehende NATO-Architektur bedrohte, musste sie als „Falle“ abgetan werden.

Die europäischen Eliten wurden nicht nur zu einer atlantischen Ausrichtung gezwungen, sondern haben sie aktiv unterstützt. Die Ablehnung der deutschen Neutralität durch Bundeskanzler Adenauer war kein isolierter Akt der Ehrerbietung gegenüber Washington, sondern spiegelte einen breiteren Konsens unter den westeuropäischen Eliten wider, die die amerikanische Vormundschaft der strategischen Autonomie und einem vereinten Europa vorzogen. Die Neutralität bedrohte nicht nur die Architektur der NATO, sondern auch die politische Nachkriegsordnung, in der diese Eliten ihre Sicherheit, ihre Legitimität und ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau durch die Führung der Vereinigten Staaten begründeten. Ein neutrales Deutschland hätte von den europäischen Staaten verlangt, mit Moskau direkt und auf Augenhöhe zu verhandeln, anstatt in einem von den USA geführten Rahmen zu agieren, der sie von einer solchen Auseinandersetzung abhielt. In diesem Sinne war die Ablehnung der Neutralität durch Europa auch eine Ablehnung der Verantwortung: Der Atlantik bot Sicherheit, ohne die Lasten einer diplomatischen Koexistenz mit Russland auf sich zu nehmen, selbst um den Preis der permanenten Teilung Europas und der Militarisierung des Kontinents.

Im März 1954 beantragte die Sowjetunion den Beitritt zur NATO mit dem Argument, dass die NATO dadurch zu einer Institution für die kollektive Sicherheit Europas würde. Die USA und ihre Verbündeten lehnten den Antrag sofort mit der Begründung ab, er würde das Bündnis verwässern und den Beitritt Deutschlands zur NATO verhindern. Die USA und ihre Verbündeten, darunter auch Westdeutschland selbst, lehnten die Idee eines neutralen, entmilitarisierten Deutschlands und eines europäischen Sicherheitssystems, das auf kollektiver Sicherheit und nicht auf Militärblöcken beruht, erneut ab.

Der österreichische Staatsvertrag von 1955 machte den Zynismus dieser Logik noch deutlicher. Österreich akzeptierte die Neutralität, die sowjetischen Truppen zogen ab, und das Land erlangte Stabilität und Wohlstand. Die vorhergesagten geopolitischen „Dominosteine“ sind nicht gefallen. Das österreichische Modell zeigt, dass die dort erzielten Ergebnisse auch in Deutschland hätten erzielt werden können, wodurch der Kalte Krieg möglicherweise Jahrzehnte früher beendet worden wäre. Der Unterschied zwischen Österreich und Deutschland lag nicht in der Durchführbarkeit, sondern in der strategischen Präferenz. Europa akzeptierte die Neutralität in Österreich, wo sie keine Bedrohung für die hegemoniale Ordnung unter Führung der USA darstellte, und lehnte sie in Deutschland ab, wo dies der Fall war.

Die Folgen dieser Entscheidungen waren immens und von Dauer. Deutschland blieb für fast vier Jahrzehnte geteilt. Der Kontinent wurde entlang einer durch seine Mitte verlaufenden Bruchlinie militarisiert, und auf europäischem Boden wurden Atomwaffen stationiert. Die europäische Sicherheit wurde von der amerikanischen Macht und den amerikanischen strategischen Prioritäten abhängig und machte den Kontinent erneut zum Hauptschauplatz der Großmächtekonfrontation.

Bis 1955 war das Muster fest etabliert. Europa würde einen Frieden mit Russland nur

akzeptieren, wenn er sich nahtlos in die von den USA geführte westliche strategische Architektur einfügte. Wenn der Frieden ein echtes Entgegenkommen gegenüber den russischen Sicherheitsinteressen erforderte – deutsche Neutralität, Blockfreiheit, Demilitarisierung oder gemeinsame Garantien –, wurde er systematisch abgelehnt. Die Folgen dieser Weigerung sollten sich in den folgenden Jahrzehnten entfalten.

Die 30-jährige Ablehnung russischer Sicherheitsinteressen

Wenn es jemals einen Zeitpunkt gab, an dem Europa mit seiner langen Tradition der Friedensablehnung gegenüber Russland entschlossen hätte brechen können, dann war es das Ende des Kalten Krieges. Anders als 1815, 1919 oder 1945 war dies kein Moment, der allein durch eine militärische Niederlage erzwungen wurde; es war ein Moment, der durch eine Entscheidung geprägt war. Die Sowjetunion brach nicht im Artilleriehagel zusammen, sondern zog sich zurück und rüstete einseitig ab. Unter Michail Gorbatschow verzichtete die Sowjetunion auf Gewalt als Ordnungsprinzip für Europa. Sowohl die Sowjetunion als auch Russland unter Boris Jelzin akzeptierten den Verlust der militärischen Kontrolle über Mittel- und Osteuropa und schlugen einen neuen Sicherheitsrahmen vor, der auf Einbeziehung und nicht auf konkurrierenden Blöcken basierte. Was folgte, war kein Versagen der russischen Vorstellungskraft, sondern ein Versagen Europas und des atlantischen Systems unter Führung der USA, dieses Angebot ernst zu nehmen.

Michail Gorbatschows Konzept eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ war keine bloße rhetorische Floskel. Es war eine strategische Doktrin, die auf der Erkenntnis beruhte, dass Atomwaffen die traditionelle Politik des Gleichgewichts der Mächte zunichte gemacht hatten. Gorbatschow stellte sich ein Europa mit unteilbarer Sicherheit vor, in dem kein Staat seine Sicherheit auf Kosten eines anderen erhöht, und in dem die Bündnisstrukturen des Kalten Krieges allmählich einem gesamteuropäischen Rahmen weichen würden. In seiner Rede vor dem Europarat in Straßburg im Jahr 1989 wurde diese Vision deutlich, indem er die Zusammenarbeit, gegenseitige Sicherheitsgarantien und den Verzicht auf Gewalt als politisches Instrument betonte. Die im November 1990 unterzeichnete Charta von Paris für ein neues Europa kodifizierte diese Grundsätze und verpflichtete Europa zu Demokratie, Menschenrechten und einer neuen Ära der kooperativen Sicherheit.

Zu diesem Zeitpunkt stand Europa vor einer grundlegenden Entscheidung. Es hätte diese Verpflichtungen ernst nehmen und eine Sicherheitsarchitektur aufbauen können, in deren Mittelpunkt die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) steht, in der Russland ein gleichberechtigter Teilnehmer wäre – ein Garant für den Frieden und nicht ein Objekt der Eindämmung. Oder es hätte die institutionelle Hierarchie des Kalten Krieges beibehalten und sich rhetorisch den Idealen der Zeit nach dem Kalten Krieg verschreiben können. Europa entschied sich für Letzteres.

Die NATO löste sich nicht auf, verwandelte sich nicht in ein politisches Forum und ordnete sich auch nicht einer gesamteuropäischen Sicherheitsinstitution unter. Im Gegenteil, sie hat sich erweitert. Die öffentlich vorgetragene Begründung war defensiv: Die NATO-Erweiterung würde Osteuropa stabilisieren, die Demokratie festigen und ein

Sicherheitsvakuum verhindern. Diese Erklärung ignorierte jedoch eine entscheidende Tatsache, die von Russland wiederholt vorgebracht und von westlichen Entscheidungsträgern insgeheim anerkannt wurde: Die NATO-Erweiterung berührte unmittelbar die zentralen Sicherheitsinteressen Russlands - nicht abstrakt, sondern geographisch, historisch und psychologisch.

Die Kontroverse über die von den USA und Deutschland während der Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung gegebenen Zusicherungen veranschaulicht das tiefer liegende Problem. Westliche Staats- und Regierungschefs betonten später, dass keine rechtsverbindlichen Zusagen zur NATO-Erweiterung gemacht worden seien, da keine Vereinbarung schriftlich festgehalten worden sei. Die Diplomatie funktioniert jedoch nicht nur über unterzeichnete Verträge, sondern auch über Erwartungen, Absprachen und guten Willen. Aus freigegebenen Dokumenten und zeitgenössischen Berichten geht hervor, dass der sowjetischen Führung wiederholt versichert wurde, die NATO werde nicht über Deutschland hinaus nach Osten vordringen. Diese Zusicherungen waren ausschlaggebend für die sowjetische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung – ein Zugeständnis von immenser strategischer Bedeutung. Als die NATO trotzdem expandierte, und zwar zunächst auf amerikanisches Betreiben hin, empfand Russland dies nicht als eine rechtstechnische Anpassung, sondern als einen tiefen Verrat an der Vereinbarung, die die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht hatte.

Mit der Zeit verinnerlichten die europäischen Regierungen die NATO-Erweiterung zunehmend als ein europäisches und nicht nur als ein amerikanisches Projekt. Die deutsche Wiedervereinigung innerhalb der NATO wurde zur Regel und nicht zur Ausnahme. Die EU-Erweiterung und die NATO-Erweiterung gingen Hand in Hand, verstärkten sich gegenseitig und verdrängten alternative Sicherheitsvereinbarungen wie Neutralität oder Bündnisfreiheit. Selbst Deutschland mit seiner traditionellen Ostpolitik und seinen sich vertiefenden wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland ordnete seine Politik der Anpassung nach und nach der Logik des Bündnisses unter. Die europäischen Staats- und Regierungschefs sahen in der Expansion eher ein moralisches Gebot als eine strategische Entscheidung und entzogen sie damit der Kontrolle und machten russische Einwände illegitim. Damit gab Europa einen Großteil seiner Fähigkeit auf, als unabhängiger Sicherheitsakteur zu agieren, und band sein Schicksal immer enger an eine atlantische Strategie, die der Expansion den Vorzug vor der Stabilität gab.

An diesem Punkt wird das Versagen Europas am deutlichsten. Anstatt anzuerkennen, dass die NATO-Erweiterung der in der Pariser Charta formulierten Logik der unteilbaren Sicherheit widerspricht, behandelten die europäischen Staats- und Regierungschefs die russischen Einwände als illegitim – als Überbleibsel imperialer Nostalgie und nicht als Ausdruck echter Sicherheitsbedenken. Russland wurde zu Konsultationen, aber nicht zu Entscheidungen eingeladen. Mit der NATO-Russland-Grundakte von 1997 wurde diese Asymmetrie institutionalisiert: Dialog ohne russisches Veto, Partnerschaft ohne russische Parität. Die europäische Sicherheitsarchitektur wurde um Russland herum aufgebaut, und zwar trotz Russland, nicht mit Russland.

George Kennans Warnung von 1997, dass die NATO-Erweiterung ein „verhängnisvoller Irrtum“ sei, brachte das strategische Risiko mit bemerkenswerter Klarheit auf den Punkt. Kennan behauptete nicht, dass Russland tugendhaft sei; er argumentierte, dass die Demütigung und Marginalisierung einer Großmacht in einem Moment der Schwäche zu Ressentiments, Revanchismus und Militarisierung führen würde. Seine Warnung wurde als überholter Realismus abgetan, doch die spätere Geschichte hat seine Logik fast Punkt für Punkt bestätigt.

Die ideologische Untermauerung dieser Ablehnung findet sich ausdrücklich in den Schriften von Zbigniew Brzezinski wieder. In *Die einzige Weltmacht* (1997) und in seinem Essay *A Geostrategy for Eurasia* [Eine Geostrategie für Eurasien] (1997) formulierte Brzezinski eine Vision der amerikanischen Vormachtstellung, die auf der Kontrolle über Eurasien beruht. Er argumentierte, Eurasien sei der „axiale Superkontinent“, und die globale Dominanz der USA hänge von der Verhinderung des Auftretens einer Macht ab, die in der Lage sei, ihn zu beherrschen. In diesem Rahmen war die Ukraine nicht nur ein souveräner Staat mit einer eigenen Entwicklung, sondern auch ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt. „Ohne die Ukraine“, so schrieb Brzezinski, „hört Russland auf, ein Imperium zu sein“.

Dies war keine akademische Randbemerkung, sondern eine programmatische Aussage der imperialen Großstrategie der USA. In einer solchen Weltanschauung sind Russlands Sicherheitsbedenken keine legitimen Interessen, denen im Namen des Friedens Rechnung getragen werden muss; sie sind Hindernisse, die im Namen der Vormachtstellung der USA überwunden werden müssen. Europa, das tief in das atlantische System eingebettet und von den Sicherheitsgarantien der USA abhängig ist, verinnerlichte diese Logik – oft ohne sich ihrer vollen Tragweite bewusst zu sein. Das Ergebnis war eine europäische Sicherheitspolitik, die durchweg der Bündniserweiterung den Vorzug vor Stabilität und moralischen Signalen vor dauerhaften Lösungen gab.

Die Folgen wurden 2008 unübersehbar. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest erklärte das Bündnis, dass die Ukraine und Georgien „Mitglieder der NATO werden“. Diese Erklärung war nicht mit einem klaren Zeitplan versehen, aber ihre politische Bedeutung war unmissverständlich. Sie überschritt eine rote Linie, die russische Beamte quer durch das politische Spektrum schon lange als solche bezeichnet hatten. Dass dies im Voraus klar war, steht außer Frage. William Burns, der damalige US-Botschafter in Moskau, berichtete in einem Telegramm mit dem Titel „Nyet means Nyet“, dass die ukrainische NATO-Mitgliedschaft in Russland als existenzielle Bedrohung empfunden wurde und Liberale, Nationalisten und Hardliner gleichermaßen vereinte. Die Warnung war eindeutig. Sie wurde ignoriert.

Aus der Sicht Russlands war das Muster nun unverkennbar. Europa und die Vereinigten Staaten beriefen sich auf Regeln und Souveränität, wenn es ihnen gelegen kam, taten aber die zentralen Sicherheitsanliegen Russlands als illegitim ab. Die Lehre, die Russland daraus zog, war dieselbe, die es nach dem Krimkrieg, nach den alliierten Interventionen, nach dem Scheitern der kollektiven Sicherheit und nach der Ablehnung der Stalin-Note gezogen hatte: Frieden würde nur zu Bedingungen angeboten werden, die die strategische Dominanz des Westens bewahrten.

Die Krise, die 2014 in der Ukraine ausbrach, war daher keine Verirrung, sondern eine Zuspitzung. Der Aufstand auf dem Maidan, der Zusammenbruch der Regierung Janukowitsch, die Annexion der Krim durch Russland und der Krieg im Donbass vollzogen sich in einer Sicherheitsarchitektur, die bereits bis zum Zerreißen gespannt war. Die USA haben sich aktiv an dem Putsch gegen Janukowitsch beteiligt und im Hintergrund sogar die Zusammensetzung der neuen Regierung geplant. Als in der Donbass-Region der Widerstand gegen den Putsch auf dem Maidan ausbrach, reagierte Europa mit Sanktionen und diplomatischer Verurteilung und stellte den Konflikt als reines Moralspiel dar. Doch selbst in dieser Phase war eine Verhandlungslösung möglich. Die Minsker Vereinbarungen, insbesondere Minsk II im Jahr 2015, boten einen Rahmen für die Deeskalation des Konflikts, die Autonomie für den Donbass und die Reintegration der Ukraine und Russlands in eine erweiterte europäische Wirtschaftsordnung.

Mit Minsk II wurde – wenn auch widerwillig – anerkannt, dass der Frieden Kompromisse erfordert und dass die Stabilität der Ukraine von der Überwindung sowohl interner Spaltungen als auch externer Sicherheitsbedenken abhängt. Was Minsk II letztlich zunichte machte, war der Widerstand des Westens. Als westliche Politiker später behaupteten, Minsk II habe in erster Linie dazu gedient, der Ukraine „Zeit zu verschaffen“, um militärisch aufzurüsten, war der strategische Schaden groß. Aus Moskauer Sicht bestätigte dies den Verdacht, dass die westliche Diplomatie eher zynisch und instrumentell als aufrichtig war – dass die Vereinbarungen nicht dazu gedacht waren, umgesetzt zu werden, sondern nur der Optik dienten.

Bis 2021 war die europäische Sicherheitsarchitektur unhaltbar geworden. Russland legte Vorschlagsentwürfe vor, in denen Verhandlungen über die NATO-Erweiterung, die Stationierung von Raketen und militärische Übungen gefordert wurden – genau die Punkte, vor denen es seit Jahrzehnten gewarnt hatte. Diese Vorschläge wurden von den Vereinigten Staaten und der NATO rundweg abgelehnt. Die NATO-Erweiterung wurde als nicht verhandelbar erklärt. Wieder einmal weigerten sich Europa und die Vereinigten Staaten, die zentralen Sicherheitsanliegen Russlands als legitime Verhandlungsgegenstände zu behandeln. Es folgte ein Krieg.

Als die russischen Streitkräfte im Februar 2022 in die Ukraine einmarschierten, bezeichnete Europa die Invasion als „unprovokiert“. Diese absurde Beschreibung mag zwar der Propaganda dienen, verdunkelt aber völlig die Geschichte. Die russische Handlung entstand kaum aus einem Vakuum heraus. Sie war das Ergebnis einer Sicherheitsordnung, die sich systematisch gegen die Berücksichtigung der russischen Anliegen gewehrt hatte, und eines diplomatischen Prozesses, der Verhandlungen über genau die Themen ausschloss, die für Russland am wichtigsten waren.

Selbst dann war der Frieden nicht unmöglich. Im März und April 2022 nahmen Russland und die Ukraine in Istanbul Verhandlungen auf, die zu einem detaillierten Rahmenentwurf führten. Die Ukraine schlug dauerhafte Neutralität mit internationalen Sicherheitsgarantien vor; Russland akzeptierte diesen Grundsatz. In dem Rahmen wurden Truppenbegrenzungen, Garantien und ein längerer Prozess für territoriale Fragen angesprochen. Dies waren keine Fantasiedokumente. Es waren ernstzunehmende Entwürfe, die die Realitäten des Konflikts

und die strukturellen Zwänge der Geographie widerspiegeln.

Doch die Istanbul-Gespräche scheiterten, als die USA und Großbritannien eingriffen und die Ukraine aufforderten, nicht zu unterzeichnen. Wie Boris Johnson später erklärte, stand nichts weniger als die westliche Hegemonie auf dem Spiel. Der gescheiterte Istanbul-Prozess ist ein konkreter Beweis dafür, dass ein Frieden in der Ukraine kurz nach Beginn der russischen Militäroperation möglich war. Das Abkommen wurde ausgearbeitet und fast fertiggestellt, nur um dann auf Geheiß der USA und Großbritanniens aufgegeben zu werden.

Im Jahr 2025 wurde die bittere Ironie deutlich. Derselbe Istanbul-Rahmen tauchte als Bezugspunkt für die erneuten diplomatischen Bemühungen wieder auf. Nach dem großen Blutvergießen kehrte die Diplomatie zu einem plausiblen Kompromiss zurück. Dies ist ein bekanntes Muster in Kriegen, die von Sicherheitsdilemmata geprägt sind: Frühe Einigungen, die als verfrüht abgelehnt werden, erweisen sich später als tragische Notwendigkeit. Doch selbst jetzt wehrt sich Europa gegen einen Verhandlungsfrieden.

Für Europa sind die Kosten dieser langen Weigerung, Russlands Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen, nun unvermeidbar und massiv. Europa hat durch die Unterbrechung der Energieversorgung und den Druck zur Deindustrialisierung schwere wirtschaftliche Verluste erlitten. Es hat sich zu einer langfristigen Aufrüstung mit tiefgreifenden steuerlichen, sozialen und politischen Folgen verpflichtet. Der politische Zusammenhalt innerhalb der europäischen Gesellschaften ist unter dem Druck der Inflation, des Migrationsdrucks, der Kriegsmüdigkeit und der divergierenden Standpunkte der europäischen Regierungen stark angekratzt. Die strategische Autonomie Europas hat abgenommen, da Europa wieder zum primären Schauplatz der Konfrontation zwischen Großmächten wird, anstatt ein unabhängiger Pol zu sein.

Am gefährlichsten ist vielleicht, dass das nukleare Risiko wieder in den Mittelpunkt des europäischen Sicherheitskalküls gerückt ist. Zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg lebt die europäische Öffentlichkeit wieder unter dem Schatten einer möglichen Eskalation zwischen atomar bewaffneten Mächten. Dies ist nicht nur das Ergebnis eines moralischen Versagens. Es ist das Ergebnis der bis in die Zeit Pogodins zurückreichenden strukturellen Weigerung des Westens, anzuerkennen, dass Frieden in Europa nicht geschaffen werden kann, indem man Russlands Sicherheitsbedenken leugnet. Frieden kann man nur schaffen, indem man über ihn verhandelt.

Die Tragik der europäischen Leugnung der russischen Sicherheitsbedenken besteht darin, dass sie sich selbst verstärkt. Wenn russische Sicherheitsbedenken als unberechtigt abgetan werden, hat die russische Führung weniger Anreize, sich um Diplomatie zu bemühen, und mehr Anreize, die Fakten vor Ort zu ändern. Die europäischen Politiker interpretieren diese Aktionen dann als Bestätigung ihrer ursprünglichen Verdächtigungen und nicht als das völlig vorhersehbare Ergebnis eines Sicherheitsdilemmas, das sie selbst geschaffen und dann geleugnet haben. Mit der Zeit verengt diese Dynamik den diplomatischen Spielraum, bis der Krieg vielen nicht mehr als Wahlmöglichkeit, sondern als unvermeidlich erscheint. Doch die Unvermeidbarkeit ist konstruiert. Sie resultiert nicht aus einer unveränderlichen Feindseligkeit, sondern aus der anhaltenden europäischen Weigerung, anzuerkennen, dass ein

dauerhafter Frieden voraussetzt, die Ängste der anderen Seite als real anzuerkennen, selbst wenn diese Ängste unbequem sind.

Die Tragödie besteht darin, dass Europa für diese Weigerung wiederholt teuer bezahlt hat. Es hat im Krimkrieg und seinen Folgen, in den Katastrophen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts und in den Jahrzehnten der Teilung im Kalten Krieg den Preis dafür bezahlt. Und es zahlt auch jetzt wieder. Die Russophobie hat Europa nicht sicherer gemacht. Sie hat Europa ärmer, gespaltener, militarisierter und abhängiger von externer Macht gemacht.

Die zusätzliche Ironie besteht darin, dass diese strukturelle Russophobie zwar Russland auf lange Sicht nicht geschwächt hat, dafür aber Europa. Indem es sich weigerte, Russland als normalen Sicherheitsakteur zu behandeln, hat Europa dazu beigetragen, genau die Instabilität zu erzeugen, die es fürchtet, während es gleichzeitig immer höhere Kosten in Form von Blut, Schätzen, Autonomie und Zusammenhalt auf sich nimmt. Jeder Zyklus endet auf die gleiche Weise: mit der verspäteten Einsicht, dass Frieden Verhandlungen erfordert, nachdem bereits immenser Schaden angerichtet wurde. Die Lektion, die Europa erst noch lernen muss, ist, dass die Anerkennung der Sicherheitsbedenken Russlands kein Zugeständnis an die Macht ist, sondern eine Voraussetzung, um deren zerstörerischen Einsatz zu verhindern.

Die Lektion, die über zwei Jahrhunderte hinweg mit Blut geschrieben wurde, lautet nicht, dass Russland oder irgendeinem anderen Land in jeder Hinsicht vertraut werden muss. Vielmehr müssen Russland und seine Sicherheitsinteressen ernst genommen werden. Europa hat den Frieden mit Russland wiederholt abgelehnt, nicht weil er nicht möglich gewesen wäre, sondern weil die Anerkennung der Sicherheitsinteressen Russlands zu Unrecht als illegitim angesehen wurde. Solange Europa diesen Reflex nicht ablegt, wird es in einem Kreislauf der selbstzerstörerischen Konfrontation gefangen bleiben – es lehnt den Frieden ab, wenn er möglich ist, und trägt lange danach die Kosten.

ENDE